
RECHTSEXTREMISMUS IN BAYERN 2016

Katharina Schulze präsentiert Lagebild zu
den Gefahren von Rechts

Mit dem grünen Lagebild dokumentieren wir die aktuellen Gefahren durch den Rechtsextremismus in Bayern und fordern entsprechende Gegenmaßnahmen. Der Blick auf die Zahlen von 2016, die aus den Antworten der CSU-Regierung auf diverse Anfragen der Landtagsgrünen hervorgehen, zeigt: Die rechtsextremen und rechten Kräfte radikalisiert sich weiter und die Gewaltbereitschaft in der rechten Szene wächst. Unsere Bilanz für 2016 bestätigt die beunruhigende Tendenz der Vorjahre. Das Problem hat sich sogar noch weiter verschärft.

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht im Januar 2017 die NPD mangels Relevanz nicht verboten hat, sind die Gefahren von rechts nicht gebannt. Im Gegenteil haben neue rechtsextreme Akteure immer größeren Zulauf und werden immer aktiver. In Bayern gibt es schon lange eine aktive Nazi-Kameradschaftsszene. Nach dem Verbot des Freien Netz Süd (FNS) hat die Partei „Der III. Weg“ deren Strukturen übernommen, dort sind viele Rechtsextreme in Bayern organisiert. Im Jahr 2016 waren verstärkt neurechte und rechtsextreme Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung“ und das „Bündnis Deutscher Patrioten“ in Bayern aktiv. Viele dieser Parteien und Gruppen halten sich derzeit nach außen hin mit dumpfer Gewalt zurück. Stattdessen versuchen sie vor allem mit durchdachteren, öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder getarnt als sozialer Kümmerer für ihre im Kern rechtsextreme Sache zu werben und auf der Welle des Rechtspopulismus mitzusurfen. Wie gefährlich die so genannte Reichsbürger-Bewegung tatsächlich ist, wurde nach dem Tod eines Polizeibeamten durch Schüsse eines „Reichsbürgers“ in Georgensgmünd im Oktober 2016 endgültig klar.

Diese Entwicklungen verlangen nach einer unmissverständlichen Reaktion von Gesellschaft und Staat. Doch auch fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des „NSU“ müssen wir leider feststellen, dass die CSU keine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt vorweisen kann. Dabei gibt es viele Möglichkeiten gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorzugehen. Die GRÜNEN bringen diese regelmäßig in den Landtag ein.

Anstieg der Angriffe auf Asylsuchende und HelferInnen immer besorgniserregender

Besonders besorgniserregend ist der erneute Anstieg der gemeldeten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Obwohl die Zahl der menschenverachtenden Attacken auf Einrichtungen für Schutzsuchende im Vergleich zu den Vorjahren bereits 2015 massiv angestiegen war, hat sie sich im vergangenen Jahr noch einmal um mehr als 20 Prozent

erhöht. Seit 2013 müssen wir gar mehr als eine Versiebenfachung entsprechender Straftaten feststellen.¹

Jahr	Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte
2003	3
2004	8
2005	4
2006	7
2007	1
2008	-
2009	2
2010	3
2011	2
2012	2
2013	13
2014	25
2015	77
2016	94

Rund um die Flüchtlingsunterkünfte ist es 2016 vor allem zu Sachbeschädigungen und zu Fällen von Volksverhetzung gekommen. Es wurden häufig Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwandt und Andersdenkende strafrechtlich relevant beleidigt. Die Statistik weist auch Brandstiftungsdelikte und sogar zwei Mordversuche auf.²

Erstmals abgefragt haben wir, wie viele Geflüchtete außerhalb ihrer Asylunterkunft oder Wohnung angegriffen wurden. Nach Angaben des CSU-Innenministeriums hat die

¹ Vgl. Ziffer 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 20.3.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 23.1.2017 betreffend Gewalt gegen Unterkünfte von Asylsuchenden, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten.

² Vgl. ebd., Anlage 1 zu den Fragen 1a, b, 2 b und 7.1.

Polizei 29 Fälle registriert, bei denen Flüchtlinge bzw. Asylsuchende außerhalb ihrer Unterkunft Opfer von rechtsextrem motivierter Kriminalität wurden. Erschreckend dabei ist, dass die Flüchtlinge bzw. Asylsuchende außerhalb ihrer Unterkunft in der Regel körperlich angegriffen wurden und es zu einer Körperverletzung (16 Fälle) oder gar gefährlichen Körperverletzung (11 Fälle) kam.³

Die zweite große Opfergruppe rechter Gewalt sind die Flüchtlingshelfer. Im Jahr 2016 wurden in 22 Fällen Hilfsorganisationen, ehrenamtliche/freiwillige Helfer angegriffen. Die häufigsten Delikte gegen Flüchtlingshelfer waren Beleidigung (6 Fälle), Sachbeschädigung (5 Fälle) und Volksverhetzung (4 Fälle).⁴

Aufklärungsquote weiterhin eklatant niedrig

Die Aufklärungsquote bei Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte bleibt erschreckend niedrig. Zwar wurden für alle 94 Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet. Doch in 66 Verfahren kam es zu einer Verfahrenseinstellung, weil kein Täter ermittelt werden konnte.⁵ Weitere vier Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft ein, weil ein „Tatnachweis nicht mit der zur Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit geführt werden konnte bzw. der angezeigte Sachverhalt kein Strafgesetz verletzt hat“.⁶ Damit konnten nur ca. 30 Prozent der Straftaten aufgeklärt werden. Das ist weniger als halb so hoch wie die allgemeine Aufklärungsquote in Bayern, die bei 65,9 Prozent liegt (siehe Kriminalitätsstatistik 2016⁷). Von den fünf Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, die im Jahr 2016 offiziell registriert wurden, konnte in mindestens einem Fall der oder die Täter nicht ermittelt werden. In zwei weiteren Verfahren richteten sich die Ermittlungen, die Ende März 2017 noch nicht abgeschlossen waren, gegen unbekannt.⁸

³ Vgl. ebd., Anlage 2 zur Frage 1c.

⁴ Vgl. ebd., Anlage 3 zur Frage 2 a.

⁵ Vgl. ebd., Ziffern 7.2 und 7.3.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/pks_pressebericht_2016.pdf.

⁸ Vgl. die Anlage zu den Ziff. 7.2 und 7.3 der Antwort der Staatsregierung vom 20.3.2017 (Fn. 1).

Datum und Ort des Brandanschlags auf Flüchtlingsunterkünfte	Verfahrensstand
07.02.16 Kaufbeuren	Einstellung des Verfahrens, Täter unbekannt
04.03.16 München	Verurteilung der Täter
04.03.16 München	Verurteilung der Täter
15.01.16 Soyen	Ermittlung dauert an, Täter bislang unbekannt
20.10.16 Stephanskirchen	Ermittlung dauert an, Täter bislang unbekannt

Anstieg bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten und Hasskriminalität

Die menschenverachtenden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind nur ein Aspekt rechter Kriminalität. Insgesamt nehmen Straftaten von rechts erneut deutlich zu. Das Innenministerium registrierte im Jahr 2016 eine Zahl von 2.379 rechtsextremistisch motivierten Straftaten.⁹ Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um ca. 4 Prozent, seit 2010 sogar um fast 60 Prozent.

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten
2010	1.513
2011	1.566
2012	1.759
2013	1.677
2014	1.928
2015	2.293
2016	2.379

Ein massiver Anstieg ist dabei erneut bei den Delikten aus dem Teilbereich der sogenannten rechten Hasskriminalität festzustellen, der vor allem Straftaten erfasst, die

⁹ Der Oberbegriff der politisch motivierten Kriminalität umfasst auch klassische Staatsschutzdelikte. Vgl. die Übersicht zu Begriff und Kategorisierung politisch motivierter Kriminalität auf der Webseite des Bundesministeriums des Inneren (www.bmi.bund.de).

sich aus rechtsextremen Motiven gegen Personen richten.¹⁰ Im Vergleich zum Vorjahr nahmen 2016 die angezeigtten bzw. gemeldeten Delikte aus diesem Bereich um weitere 12 Prozent zu. Seit 2012 stiegen die Fallzahlen der Hasskriminalität um fast das Anderthalbfache.¹¹

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“
2012	405
2013	375
2014	596
2015	886
2016	989

Zunehmende Gewalttätigkeit der rechtsextremen Szene

Erschreckend ist dabei insbesondere die wachsende Brutalität, die sich an der Zahl der rechtsextremen Gewalttaten ablesen lässt. Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten haben um fast 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (mehr als 95 Prozent als 2010).¹²

¹⁰ Vgl. Bundesministeriums des Inneren (Fn. 9). Das Themenfeld „Hasskriminalität“ umfasst nach Angaben des Staatsministeriums der Justiz politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status verübt wurde und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet, vgl. Ziffer 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 09.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17. Januar 2017 betreffend "Rechtsextrem motivierte Volksverhetzung und "Hassmails".

¹¹ Vgl. ebd., Ziff. 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 09.03.2017.

¹² Vgl. Ziff. 1.2 der Antwort der Staatsregierung vom 13.03.2007 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.1.2017 betreffend rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2016.

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte
2010	58
2011	57
2012	65
2013	66
2014	66
2015	91
2016	113

Die Aufklärungsquote ist auch bei den rechten Gewaltdelikten viel zu niedrig. Laut Angaben der CSU-Regierung wurden 2016 zwar wegen aller 113 Vorfälle Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen nach Verfahrensverbindungen 105 Verfahren weiterverfolgt wurden. Aber nur in 34 Fällen wurden bisher 50 Beschuldigte angeklagt.¹³ Das sind gerade einmal 30 Prozent der Verfahren. In 43 Fällen wurde das strafrechtliche Verfahren ganz oder zum Teil eingestellt, wobei in 10 Fällen der oder die Täter nicht ermittelt werden konnten.¹⁴

Auch die Zahl der Menschen, die Opfer rechter Gewalttaten werden, steigt weiter an. Seit dem Jahr 2010 ist hier eine Zunahme um 120 Prozent festzustellen.

Jahr	Zahl der Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte
2010	63
2011	74
2012	83
2013	105
2014	86
2015	117
2016	139

¹³ Vgl. ebd., Ziff. 3.2.

¹⁴ Vgl. ebd. Die Ermittlungen waren in 38 Fällen im Zeitpunkt unserer Anfrage noch nicht abgeschlossen. Außerdem ist bei der Aufstellung zu berücksichtigen, dass von den 105 Verfahren in 10 Verfahren mehrere Abschlussverfügungen ergangen sind, vgl. ebd. S. 6

Das Gefährdungspotential durch rechte Gewalt bleibt also weiter beträchtlich. Das lassen auch die Zahlen zu den polizeilich als Gefährder geführten rechtsextremen Personen erahnen.¹⁵ Auch wenn das Innenministerium für 2016 nur ungefähre Angaben zu Zahlen gemacht hat, weil diese Information anders als im Vorjahr teilweise als Verschlussache einstuft wurden, können wir trotzdem feststellen: Die Zahlen bewegen sich ungefähr auf dem Vorjahresniveau.¹⁶

Jahr	Rechtsextreme Gefährder	Relevante Personen
2012	1	1
2013	2	25
2014	2	27
2015	3	21
2016	„niedriger einstelliger Bereich“ ¹⁷	„unter 20 Personen“ ¹⁸

Rechtsextrem motivierte Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche

Einschüchterungsversuche und Bedrohungen einschließlich Morddrohungen gegenüber all jenen Personen, die nicht in das menschenverachtende Schema der rechtsextremen Ideologie passen, gehören zum Standardrepertoire der Neonazis. Zielscheibe der Rechten bleiben wie schon im Vorjahr Personen, die sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen einsetzen. Die rassistischen Flüchtlingsfeinde treten weiterhin aggressiv auf, auch wenn die Zahl der Bedrohungen im Vergleich zum gesunken ist.¹⁹

¹⁵ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 20.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.01.2017 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern.

¹⁶ Vgl. für die Jahre 2012 bis 2015 die Antwort der Staatsregierung vom 10.06.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 07.01.2016 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern (Drs. [17/10359](#)).

¹⁷ Vgl. Ziff. 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 20.03.2017 (Fn. 15).

¹⁸ Vgl. Ziff. 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 20.03.2017 (Fn. 15).

¹⁹ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 20.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.01.2017 betreffend Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen und Morddrohungen.

Jahr	Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen (§ 241 StGB)
2010	8
2011	15
2012	17
2013	13
2014	15
2015	42
2016	30

Auch bei Drohungen konnten in mehr als einem Drittel der Ermittlungsverfahren 2016 der oder die Täter nicht ermittelt werden.

Immer mehr rechte Straftaten im Internet

Die offiziellen Zahlen des Innenministeriums zeigen auch, dass das Internet allen voran E-Mails und Social-Media-Kanäle bei rechtsextremen Straftaten eine immer größere Rolle spielen. Die Fälle von „Hasskriminalität“ im Netz wegen beleidigender, volksverhetzender Inhalte oder konkreter Drohungen haben allein im vergangenen Jahr um mehr als 30 Prozent zugenommen.²⁰ Seit 2012 haben sich die Fallzahlen mehr als versechsfacht.²¹

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“)
2012	53
2013	48
2014	105
2015	251
2016	328

²⁰ Vgl. ebd, Ziff. 2.1, 3.1. bis 3.3.

²¹ Vgl. zu den Vorjahren die Schriftlichen Anfragen der Abgeordneten Katharina Schulze vom 27.2.2015 (Drs. [17/6010](#)) und vom 7.1.2016 (Drs. [17/10347](#)).

Hass im Netz darf nicht unterschätzt werden. Virtuelle Hetzer sind gefährlich und oft auch mit einflussreichen rechten Akteuren vernetzt. Bei bundesweiten Hausdurchsuchungen einer vom Ostallgäu und Nürnberg aus geleiteten, geheimen und mehrere hundert Mitglieder starken Facebook-Gruppe „Großdeutschland“, in der der Nationalsozialismus verherrlicht und Straftaten wie Volksverhetzung begangen wurden, haben die bayerischen Ermittler bei drei der sechs Beschuldigten aus Bayern Gegenstände aufgefunden, die „möglicherweise Verstöße gegen das Waffengesetz, das Betäubungsmittelgesetz oder das Sprengstoffgesetz (Pyrotechnik) begründen können“.²² Allein diese Funde sind erschreckend und zeigen, dass Verbindung zwischen Hetze in Netz mit der rechten Szene (in diesem Fall mit PEGIDA und mit der NPD²³) besteht.

Untergetauchte Neonazis

Nachdem im Jahr 2015 in Bayern gleich mehrfach rechtsterroristischen Bestrebungen ans Licht kamen, haben sich innerhalb des letzten Jahres nach Angaben der CSU-Regierung keine neuen rechtsterroristischen Vereinigungen in Bayern gebildet.²⁴ Aber wie der Blick über die Landesgrenzen verrät, findet diese intensivste Form der Radikalisierung weiter statt. Das zeigt das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gegen eine bundesweit tätige Gruppe von Rechtsextremisten, die unter der Führung des „Reichsbürgers“ und Neo-Druiden Burghard B. Angriffe auf Asylbewerber, Polizisten und Juden geplant haben soll.²⁵ Der Anführer der Gruppierung hat selbst eine Zeit lang in Bayern gelebt.

²² Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 25.11.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 14.07.2016 betreffend Rechte Hetze im Netz: Durchsuchungsaktionen in Bayern (Drs. [17/13061](#)).

²³ Vgl. ebd., Ziff. 4.1.

²⁴ Vgl. Ziff. 1.3 der Antwort der Staatsregierung vom 15.02.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17. Januar 2017 betreffend Rechtsterroristische Bestrebungen in Bayern.

²⁵ Bericht des Bayerischen Rundfunk vom 27.1.2018 (abrufbar unter: www.br.de)

Beunruhigend bleibt auch, dass sich in Bayern nach Angaben des Innenministeriums aktuell 62 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis der Festnahme entziehen, darunter ein seit 2011 gesuchter mutmaßlicher Mörder und andere schwerste Gewalttäter.²⁶ Diese Zahl ist im Vergleich zum vergangenen Jahr nur leicht zurückgegangen (um ca. 7,5 Prozent von 67 auf 62 Personen). Die untergetauchten Neonazis führen ein Halbwelt-Dasein und stellen eine ernstzunehmende Gefahr für Bayern dar. Das wissen wir spätestens seit der Selbstenttarnung des „NSU“.

Waffen in den Händen von Rechtsextremen

Dass wir bei dem Thema Rechtsextreme und Waffen näher hingeschaut haben, hat sich gelohnt. Am 7.1.2016 hat die CSU-Regierung endlich angeordnet, dass die Waffenbehörden Neo-Nazis die waffenrechtliche Erlaubnis (Waffenschein, Waffenbesitzkarte) konsequent entziehen. Dieser Erlass zeigt bereits Wirkung, auch wenn das Innenministerium bei der hochbrisanten Frage, wie viele Rechtsextreme über Schusswaffen verfügen, sich uns gegenüber mit konkreten Zahlen sehr schwer tut. Ende 2015 verfügten nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) noch 115 Rechtsextreme über eine Waffenbesitzkarte und sogar 3 Rechtsextremisten über einen großen Waffenschein, der dazu berechtigt, die Waffe auch außerhalb der eigenen Wohnung oder Geschäftsräume mit sich zu führen.²⁷ Auf die Frage, wie sich die Zahl der Rechtsextremen, die über eine Schusswaffenerlaubnis verfügen, im Jahr 2016 entwickelt hat, hat uns die Staatsregierung anders als im Vorjahr eine exakte Antwort vorenthalten. Bekannt gemacht wurde uns lediglich, dass die Waffenbehörden, auf Mitteilung des BayLfV hin, 13 bekannten Neo-Nazis die Waffenerlaubnis eingezogen haben.²⁸ Mit Blick auf die Zahl der Rechtsextremen mit großem Waffenschein für erlaubnispflichtige Schusswaffen ist 2016 die Zahl auf 1

²⁶ Vgl. Ziffer 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 30.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17. Januar 2017 betreffend Untergetauchte Neonazis.

²⁷ Ziff. 4.2 der Antwort der Staatsregierung vom 26.04.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 21.01.2016 betreffend Schusswaffen in Bayern (Drs. [17/10526](#)).

²⁸ Vgl. Ziff. 3.2 und 3.3 der Antwort der Staatsregierung vom 07.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 26.01.2017 betreffend Entwicklung der Schusswaffen in Bayern im Jahre 2016.

Person zurückgegangen.²⁹ Den Rückgang der Zahlen von Rechten mit Waffenscheinen erklärt die Staatsregierung damit, dass zwei der Rechtsextremisten innerhalb der letzten 15 Jahre nicht mehr auffällig waren und damit nicht mehr vom BayLfV beobachtet und gespeichert werden.

Die Zahl der im Zusammenhang mit rechtsextremen Straftaten mitgeführten oder sogar benutzten Schusswaffen verdoppelte sich dagegen 2016 (4 Fälle) gegenüber dem Jahr 2015 (2 Fälle).³⁰ Inwiefern die rechten Täter die Schusswaffen entweder rechtmäßig oder aber ohne Erlaubnis besessen haben, hat uns die Staatsregierung nicht mitgeteilt.

Dass Schusswaffen in den Händen von Rechtsextremen besorgniserregend bleiben zeigt auch ein großer Waffenfund Anfang 2016 in Oberbayern. Bei einer Durchsuchung von sieben Wohnungen in den Landkreisen Rosenheim, Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen und München wurden Ende Januar 2016 zahlreiche illegale Waffen sichergestellt, unter anderem zwei Sturmgewehre vom Typ Kalaschnikow, eine Maschinenpistole, drei Langwaffen, acht Pistolen, ein Revolver sowie mehrere Tausend Schuss Munition. Von einem Beschuldigten weiß die CSU-Regierung, dass er Kontakte in die rechtsextreme Szene hat und seit Anfang der 2000er Jahre selbst dazu gehörte.³¹ Einige der Beschuldigten sind den Behörden durch rechtsgerichtete Propagandadelikte bekannt.

Auch die hohe Zahl an „Reichsbürgern“ in Bayern, die über Schusswaffen verfügen, ist beunruhigend. 130 „Reichsbürger“ haben eine Waffenerlaubnis. In ungefähr doppelt so vielen Fällen prüft die CSU-Regierung noch, ob der oder die WaffenbesitzerIn zur „Reichsbürger“-Bewegung zählt. Das hat der CSU-Innenminister dem Landtag berichten müssen.³² Als erste der Landtagsfraktionen hatten wir GRÜNE schon früh einen entsprechenden Bericht des Ministeriums gefordert.³³

²⁹ Vgl. ebd., Ziff. 3.1.

³⁰ Vgl. Ziff. 2.3 der Antwort der Staatsregierung vom 07.03.2017 (Fn. 28).

³¹ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 20.05.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 16.02.2016 betreffend Waffenfunde in Oberbayern: Verbindungen zur rechtsextremen Szene? (Drs. [17/10715](#)).

³² Bericht des CSU-Innenministers im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport vom 8.2.2017.

³³ Vgl. den Dringlichkeitsantrag "Reichsbürger" in Bayern - die zu lange unterschätzte Gefahr im Freistaat" vom 25.10.2016 (Drs. Nr. [17/13817](#)).

Rassistische Stimmungsmache und sich verdichtende rechtsextreme Netzwerke: Identitäre Bewegung und Bündnis deutscher Patrioten

Auch sofern Neo-Nazis nicht den Weg der Gewalt wählen, sondern auf die Straße gehen: Die Flüchtlinge sind das Ziel rechter Stimmungsmache und Proteste. Das zeigt eine Übersicht über die mehr als 100 Orte in ganz Bayern, in denen es im Jahr 2016 Kampagnen gegen Flüchtlinge gab.³⁴ Hinter den Kundgebungen und Flugblattaktionen stehen vor allem bekannte Organisationen wie die NPD, Die Rechte und Der Dritte Weg, wie uns die CSU-Regierung mitgeteilt hat. Seit Beginn der rassistischen Anti-Flüchtlingskampagnen (u.a. von PEGIDA und AfD) und der zunehmenden Etablierung des Rechtspopulismus treten in Bayern aber verstärkt neurechte und rechtsextreme Gruppierung in Erscheinung.

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), die bislang im hohen Maße professionell im Internet aktiv war, hat im Frühjahr 2016 mehrere Großdemonstrationen mit bis zu 450 Teilnehmer durchgeführt. Das bestätigte das Innenministerium auf unsere Anfrage hin.³⁵ Die Aktivitäten der IBD auf lokaler Ebene sind angestiegen und weitere IB-Ortsgruppen wurden gegründet. Die schon Anfang 2015 vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz festgestellte Tendenz, dass die IBD „über den virtuellen Raum des Internets hinaus mehr und mehr auch realweltliche Aktivitäten“ entfalten, setzt sich damit fort. Über die Internetdarstellungen der Identitären Bewegung wurde herausgefunden, dass die Identitäre Bewegung sich nicht – wie viele Vereine, Organisationen und Parteien – anhand der Struktur der Bundesländer organisiert. In Bayern gibt es drei Gruppen – Bayern, Schwaben und Franken. Außerdem sind Ortsgruppen in Regensburg, Niederbayern, München, Augsburg, Mangfalltal, Chiemgau, Mühldorf und Rupertwinkel bekannt. Es gibt außerdem personelle Verflechtungen bekannter Identitärer mit rechtsextremistischen Gruppen und Parteien im In- und Ausland. Es gibt aber auch eine ganze Zahl an inaktiven Homepages bzw. Facebook-Profilen. Daher ist zweifelhaft, ob wirklich hinter allen Ortsgruppen, die von der IBD auf Facebook angegeben sind, auch aktive Personen stehen.

³⁴ Vgl. Anlage 5 zu Frage 8.3 der Antwort der Staatsregierung vom 20.3.2017 (Fn. 1).

³⁵ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 08.08.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 18.05.2016 betreffend Aktivitäten der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ in Bayern (Drs. [17/12300](#)).

Seit Anfang 2016 fällt in der rechten Szene Bayerns eine neue Gruppierung auf, die der IBD ideologisch nahesteht: das „Bündnis deutscher Patrioten“ (BDP). In Bayern tritt vor allem der Deutschrapper „Chris Ares“ für das BDP in Erscheinung. Auf unsere Anfrage hin bestätigte auch das Innenministerium, dass das BDP Parallelen zur IBD aufweist.³⁶ Das BDP ist im Jahr 2016 mit mehr als 20, in unserer Anfrage dokumentierten Aktionen und Veranstaltungen massiv aktiv gewesen.³⁷ Auch wenn nach Auskunft des Innenministeriums jeweils nur wenige Personen daran teilgenommen haben, so erzielt die BDP durch öffentlichkeitswirksame Banneraktionen eine nicht zu unterschätzende Aufmerksamkeit. Auch die Aktivistinnen und Aktivisten der BDP nehmen regelmäßig an Veranstaltungen der AfD teil, oder sind dort wie „Chris Ares“ als Redner und Sänger aufgetreten. In diesem Zusammenhang hat das Innenministerium bekannt gemacht, dass auf einer AfD-Veranstaltung am 04.09.2016 in München mit ca. 200 Teilnehmern Mitglieder des BDP in „körperliche Auseinandersetzungen“ mit Gegendemonstranten verwickelt waren.³⁸

Die regelmäßige Teilnahme rechtsextremer Gruppierungen wie der IBD und der BDP an den PEGIDA-Aufmärschen und AfD-Veranstaltungen verdeutlicht nicht nur deren ideologische Nähe zueinander. Das BDP weist ebenso wie die IBD in teils beträchtlichem Maße Verbindungen und personelle Verflechtungen mit der rechtsextremen Szene auf. Das Innenministerium beobachtet 11 Aktive des BDP die dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bereits in anderen Zusammenhängen als Rechtsextremisten bekannt sind.³⁹ Trotzdem steht die BDP als Gruppierung bislang noch nicht unter der Beobachtung des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Damit wiederholt die CSU-Regierung ihre altbekannten Fehler. Die CSU-Regierung hat mit der BDP erneut die Gefahr einer rechtsextremen Gruppierung unterschätzt und damit dazu beigetragen, dass sie sich insbesondere in Bayern stark ausbreitet. Zuvor hat das CSU-Regierung auch die IBD mehrere Jahre in Bayern gewähren lassen, bevor die Identitären erst im Januar 2016 als rechtsextrem bewertet und unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz gestellt wurde.⁴⁰

³⁶ Vgl. Ziff. 1.2 der Antwort der Staatsregierung vom 13.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 28.11.2016 betreffend Aktivitäten des neurechten „Bündnisses deutscher Patrioten“ in Bayern. (Drs. [17/14980](#))

³⁷ Vgl. ebd., Ziff. 1.3 und 2.1.

³⁸ Vgl. ebd., Ziff. 2.3.

³⁹ Vgl. ebd., Ziff. 7.2.

⁴⁰ Vgl. Ziff. 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 08.08.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 18.05.2016 (s. Fn. 31)

Reichsbürger – die von der CSU-Regierung unterschätzte Gefahr von rechts

Die „Reichsbürger“ sind eine Gefahr, die lange von der CSU-Regierung nicht wirklich ernst genommen wurde. Die Grüne Fraktion hatte schon Anfang 2016 durch eine Schriftliche Anfrage auf das stetig wachsende Problem der „Reichsbürger“-Bewegung in Bayern aufmerksam gemacht. Aus der Antwort wurde deutlich, dass der CSU-Regierung keine Daten bzw. Statistiken über die Entwicklung der Aktivitäten und Gesetzesverstöße von Personen aus der „Reichsbürger“-Bewegung zur Verfügung standen.⁴¹ Eine Auswertung der Berichts- und Eingabevorgänge die Einzelfälle betreffen, würde „einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern“, hieß es damals aus dem bayerischen Innenministerium. Erst nach den tödlichen Schüssen durch einen Reichsbürger auf einen Polizeibeamten in Georgensgmünd hat die CSU-Regierung reagiert und die „Reichsbürger“ endlich ernst genommen.

Wir GRÜNE bezeichnen die „Reichsbürger“ schon länger als rechtsextreme Gefahr für den Rechtsstaat. Als erste der Landtagsfraktionen hatten wir auch einen Bericht des Ministeriums gefordert über die „Reichsbürger“-Bewegung und ihre Bezüge zur rechten Szene.⁴² Der Bericht des CSU-Innenminister Herrmann offenbarte, dass unter den „Reichsbürgern“ auch 40 Personen sind, die zur rechtsextremen Szene gehören. Wie viele von ihnen zum harten Kern der „Reichsbürger“-Bewegung zählen, den die Staatsregierung auf 150 bis 200 Personen schätzt, konnten die Vertreter des CSU-Innenministeriums und des Landesamtes für Verfassungsschutz im Innenausschuss nicht beantworten. Was sich in der Ausschusssitzung auch herausstellte: Auch in der AfD gibt es „Reichsbürger“. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet zwei aktive Funktionäre der bayerischen AfD wegen Bezügen zur „Reichsbürger“-Bewegung (Thomas Fügner: Beisitzer im Landesvorstand der AfD Bayern; Iris Wassill: 1. Stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands München Ost der AfD).⁴³ Solche Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und rechtsextremen „Reichsbürgern“ sind heikel und dürfen nicht unterschätzt werden.

⁴¹ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 5.8.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 18.4.2016 betreffend Aktivitäten der rechtsextremen „Reichsbürgerbewegung“ in Bayern (Drs. [17/11736](#)).

⁴² Siehe Fn. 30.

⁴³ Anders als es in der ersten Fassung unseres Lagebilds an dieser Stelle hieß, wird Edwin Hübner, stellvertretender Vorsitzender im AfD-Kreisverband Kulmbach-Lichtenfels, wegen geschichtsrevisionistischer Äußerungen und damit wegen Bezügen zum Rechtsextremismus vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.

Die CSU-Regierung rechnet derzeit 1.700 Personen eindeutig der „Reichsbürger“-Bewegung zu. Daneben überprüfen die Sicherheitsbehörden aktuell noch 1.600 weitere Verdachtsfälle. Die „Reichsbürger“-Bewegung ist eine krasse Form der Parallelgesellschaft in Bayern.

Türkische Rechtsextreme

Die türkisch-ultranationalistisch und rassistische „Ülkücü-Bewegung“ („Graue Wölfe“) hat ihre Aktivitäten in Bayern verstärkt. Vor allem im Zuge des gescheiterten Militärputsches in der Türkei kam es im Sommer 2016 zu zahlreichen Großveranstaltungen der „Grauen Wölfe“ in Bayern mit bis zu 1.000 Teilnehmern. Auf unsere Anfrage hin haben wir von der Staatsregierung Einblick in die Aktivitäten und Strukturen der „Grauen Wölfe“ in Bayern erhalten.⁴⁴ Allein in der größten Organisation der „Grauen Wölfe“, dem Kultur- und Idealisten-Vereinen der ADÜTDF,⁴⁵ sind in Bayern ca. 1.350 Personen organisiert. Regionale Schwerpunkte sind Nürnberg, Augsburg und München. Die „Grauen Wölfe“ verfügen offenbar über ein weit verzweigtes Netz an einzelnen lokalen Vereinen, über das das CSU-Innenministerium aber offensichtlich nicht genau im Bilde ist. „In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit“ konnte es uns gegenüber keine konkretere Zuordnung der einzelnen Vereine und Gruppierungen vornehmen. Auch mit Blick auf die Gefährlichkeit und Gewaltbereitschaft der „Grauen Wölfe“ blieb uns die CSU-Regierung eine substantielle Antwort schuldig.

Die CSU-Regierung hat die türkischen Rechtsextreme in Bayern also nicht ausreichend im Blick. Während diese gefährliche Szene innerhalb eines Jahres um mehr als zehn Prozent gewachsen ist und ihre Strukturen vor allem in den Ballungsräumen zunehmend verfestigt, betreibt die CSU-Regierung business as usual. Die Ülkücü-Bewegung ist eine rechtsextreme Vereinigung. Verschiedene Straftaten, politische Agitation online wie offline, viele Veranstaltungen mit tausenden von Teilnehmenden werden von ihr seit Jahren in Bayern betrieben. Die türkischen Rechtsextremisten stehen auch im Verdacht, die Wahlen zum Münchner Migrationsbeirat Anfang 2017

⁴⁴ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 24.2.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.11.2016 betreffend Aktivitäten der rechtsextremen „Grauen Wölfe“ in Bayern. (Drs. [17/14929](#)).

⁴⁵ Föderation der Türkisch- Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF).

manipuliert zu haben. Trotzdem ist die Beobachtung der Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ für die CSU-Regierung in Bayern nachrangig. Spezielle Informations- und Präventionsangebote zur stark wachsenden „Ülkücü-Bewegung“ werden von der CSU nicht für nötig erachtet. Anstatt konsequent dagegen vorzugehen, besuchen CSU-Politiker wie der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung deren Sommerfeste.⁴⁶

Rassismus in den Köpfen besiegen

Die zunehmend gewaltbereite rechte Szene und die tägliche Hetze gegen Flüchtlinge zeigen, dass wir in unserer Gesellschaft ein massives Problem haben. Das Problem heißt Rassismus. Die brennenden Flüchtlingsheime und die Märsche von PEGIDA sind aber nur die Spitze des Eisberges. Wie weit abwertende Einstellungen insbesondere gegenüber Muslimen und Flüchtlingen in der Bevölkerung verbreitet sind, ist erschreckend. Das zeigen auch die Ergebnisse der 2016 veröffentlichten LMU-Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bayern.⁴⁷ Ein gesellschaftliches Klima von Abwertung, Diskriminierung und Hass bildet den Nährboden für die aktuell steigende Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Unsere Demokratie ist nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis begangen werden. Auch rechte Einstellungen in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ bedrohen das demokratische Klima, verschaffen den Rechtspopulismus Auftrieb und begünstigen rechte Gewalt. Die CSU-Regierung, die die Dimensionen des Problems nicht erkannt hat, trägt weiter maßgeblich dazu bei, dass sich rechtsextreme Einstellungen in Bayern verfestigen.

Miserables Zeugnis für das CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und grüner Gegenentwurf

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Hasskampagnen in den sozialen Netzwerken, Einschüchterungsversuche gegenüber politischen Gegnern und der feige Polizistenmord eines „Reichsbürgers“ in Georgensgmünd. Es ist Zeit zu handeln! Doch die CSU-Regierung lässt eine eigene wirkungsvolle Reaktion auf diese schockierende Entwicklung vermissen. Und im Landtag hat die CSU-Fraktion im letzten Jahr unseren

⁴⁶ Vgl. Fn. 39.

⁴⁷ Fröhlich/Ganser/Köhler, Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München vom 23.10.2016 (http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/einstellungen2016/index.html).

parlamentarischen Forderungen zur Intensivierung der Maßnahmen gegen Rassismus und rechte Gewalt verhindert.⁴⁸

Dabei bräuchte es dringend einer grundlegenden Weiterentwicklung des 2009 von der CSU-Regierung beschlossenen Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus. Auf rot-grünen Antrag hin gab es am 19.10.2016 dazu eine Anhörung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft im Bayerischen Landtag. Das Ergebnis der Anhörung war sehr eindeutig. Das bisherige Vorgehen der CSU-Regierung ist unzureichend und planlos. Das CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus ist fixiert auf sicherheitsbehördliche Maßnahmen. Das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts wird dagegen zu wenig anerkannt, eingebunden und gefördert. Es mangelt an präventiven Angeboten, v.a. im Bildungsbereich. Auf viele aktuelle Fragen wie dem Umgang mit dem Rechtspopulismus gibt das Konzept der CSU-Regierung keine Antworten.

Wir Landtagsgrüne haben unsererseits ein umfassendes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet.⁴⁹ Unser Ziel ist ein wirkungs-, respekt- und vertrauensvolles Zusammenwirken aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Einsatz für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft und gegen menschenverachtendes Gedankengut. Wir verstehen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als Querschnittsaufgabe, die nicht an Ressort- oder Zuständigkeitsgrenzen Halt macht. Die bestehenden und größtenteils vorbildlichen Initiativen, Ansätze und Konzepte auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene gilt es bei allen staatlichen Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen und zu unterstützen. Gemeinsam leitet uns die Vision einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und nicht als Bedrohung.

⁴⁸ Siehe u.a.:

- der grüne Antrag „Gegen Hass im Netz: Rechtsextreme und rassistische Hetze und Vernetzung im Internet bekämpfen“ vom 15.03.2016 (Drs. [17/11519](#) und [17/12988](#)),
- die grünen Dringlichkeitsanträge "Reichsbürger" in Bayern - die zu lange unterschätzte Gefahr im Freistaat“ vom 25.10.2016 und „Reichsbürger und Rechtsextreme entwaffnen, Waffenrecht verschärfen, Waffenmissbrauch verhindern“ vom 29.11.2016 (Drs. [17/13817](#) und [17/14478](#))
- der grüne Haushaltsantrag „Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausbauen“ vom 14.10.2016(Drs. [17/13506](#)).

⁴⁹ Gemeinsame für ein weltoffenes und demokratisches Bayern, Oktober 2016 (http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/konzept_gemeinsam_fuer_ein_weltoffenes_und_demokratisches_bayern_3.pdf).

Grüne Forderungen

Mit einem umfangreichen Antragspaket, das wir auf der Grundlage der Ergebnisse der Expertenanhörung zum „Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ vom Oktober 2016 zusammen mit der SPD beschlossen haben, machen wir uns parlamentarisch für eine Neuausrichtung des Handlungskonzepts in unserem Sinne stark. **Konkret fordern wir,**

- eine umfassende Bestandsaufnahme der bisherigen Projekte und Maßnahmen der CSU-Regierung im Kampf gegen rechts insbesondere des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus,⁵⁰
- die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure in das Handlungskonzept nach einem breiten Konsultationsprozess,⁵¹
- die Ermittlung des Handlungsbedarfs durch eine tiefgreifende Problemanalyse (Problemdefinition auf dem Stand der aktuellen Forschung) und Erfassung des Ausmaßes menschenfeindlicher Einstellungen in der bayerischen Bevölkerung,⁵²
- die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle Demokratie,⁵³
- die Einrichtung eines eigenständigen Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Träger,⁵⁴
- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,⁵⁵
- den Ausbau und die Förderung zivilgesellschaftliche Aussteigerberatung, ⁵⁶
- keine Bildungsarbeit in den Schulen durch den Verfassungsschutz und die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE); stattdessen Förderung des Bildungsangebot von zivilgesellschaftlichen Trägern und Trägern der politischen Bildung,⁵⁷
- die Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus (Community Coaching),⁵⁸

⁵⁰ Drs. [17/16089](#).

⁵¹ Drs. [17/16090](#).

⁵² Drs. [17/16091](#).

⁵³ Drs. [17/16092](#).

⁵⁴ Drs. [17/16093](#).

⁵⁵ Drs. [17/16094](#).

⁵⁶ Drs. [17/16095](#).

⁵⁷ Drs. [17/16096](#).

⁵⁸ Drs. [17/16097](#).

- eine regelmäßige Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des neuausgerichteten Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus.⁵⁹

Neben einer Neuausrichtung der präventiven Maßnahmen fordern wir von der CSU-Regierung im Bereich der Repression und der Sicherheitspolitik,

- die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen,
- im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei dementsprechend neu zu verteilen,
- den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken,
- entschieden gegen Hetze und Gewaltandrohung vorzugehen – insbesondere in den sozialen Medien,
- alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“, „Der III. Weg“, die „Identitären Bewegung Deutschland“ zu initiieren,
- die Beobachtung des „Bündnisses deutscher Patrioten“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz,
- landesweite Notfallpläne zum Schutz von bedrohten Einrichtungen, insbesondere von Flüchtlingsunterkünften, zu erarbeiten,
- bei der Vergabe von Aufträgen an private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards zu erstellen,
- Bürgerwehren zu verhindern, insbesondere sofern Rechtsextreme daran beteiligt sind und konsequent gegen aufkeimende Rufe nach bürgerlicher Selbstjustiz vorzugehen,
- "Reichsbürgern" und Rechtsextremisten in Bayern die Waffenerlaubnis zu entziehen bzw. gar nicht erst zu erteilen und das Waffenrecht entsprechend zu verschärfen,
- die Einführung von virtuellen Polizeiwachen, bei denen Straftaten online angezeigt werden können, so dass u.a. Menschen, die Opfer von Hatespeech oder rechter Gewalt geworden sind leichter und schneller Strafanzeigen stellen können.

⁵⁹ Drs. [17/16098](#).

Darüber hinaus fordern wir die CSU-Regierung auf,

- eine Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie einzusetzen,⁶⁰
- eine unabhängige Kommission zur Überprüfung von Tötungsdelikten und -versuchen mit einem möglichen rechtsextremistischen oder rassistischen Tathintergrund (sogenannte „Altfälle“) einzusetzen.⁶¹

⁶⁰ Vgl. dazu unseren zusammen mit der SPD gestellten Antrag „Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie“ vom 04.06.2014 (Drs. [17/2295](#)).

⁶¹ Vgl. dazu unseren Antrag „Rechte Morde aufklären!“ vom 12.03.2015 (Drs. [17/5755](#)).



Kontakt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag

Katharina Schulze, MdL

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Inneres und Strategien gegen Rechtsextremismus

Tel: (089) 4126-2773

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de

